

UNSER

Oberschlesien



Nr. 2-3 (1248) 10. Februar 2003

Unabhängige deutsche Heimatzeitung

52. Jahrgang

2,60-EURO 3 zł

Themen dieser Ausgabe

Annäherung USA-Polen	S. 2
Turbulenzen in Warschau	S. 2
O/S: Neuer Denkmalstreit	S. 3
DFK-Reformdiskussion	S. 5
Deutsche Zwangsarbeiter	S. 6
Krappitz: Neuer Landrat	
kooperiert mit SLD	S. 7
Erinnerung an Stalingrad	S. 12

ABWÄRTSTREND SETZT SICH FORT

Oppelner Arbeitsmarkt weiterhin auf Talfahrt

Mit Besorgnis haben Politik und Wirtschaft in der Woiwodschaft Oppeln die jüngst veröffentlichten Arbeitslosenzahlen aufgenommen. Nach Angaben des Bezirksarbeitsamtes war im Dezember jeder fünfte erwerbsfähige Einwohner in der Woiwodschaft ohne Arbeit. Zusammen mit Sozialhilfeempfängern und Vorruheständlern lebe inzwischen sogar jeder Dritte zwischen Pitschen und Branitz in Armut. Rund 83.000 Personen waren demnach im Dezember 2002 arbeitslos gemeldet. 10.000 mehr also noch ein halbes Jahr zuvor. Nur jeder zehnte Arbeitslose erhält Arbeitslosenhilfe. Alle anderen sind auf die Sozialhilfe angewiesen, die weniger als 80 Euro be-trägt.

Sorgenkinder sind die Landkreise Brieg, Kreuzburg, Leobschütz, Namslau und Neisse. Die höchste Arbeitslosenquote verzeichnete der Kreis Neisse mit 31 Prozent (nach EU-Richtlinien berechnet allerdings sogar 35 Prozent). Die niedrigste Quote kann Oppeln vorweisen. Allerdings sei diese im Vergleich zu anderen polnischen Bezirkshauptstädten mit 10,4 Prozent überdurchschnittlich hoch.

Robert Rauzinski äußerte sich gegenüber der „Nowa Trybuna Opolska“, daß die Grenze des wirtschaftlich Erträglichen nun überschritten sei. In der Bevölkerung mache sich eine beängstigende depressive Stimmung breit. Viele Menschen würden inzwischen eine passive und hoffnungslose Haltung einnehmen und nicht mehr nach freien Arbeitsstellen suchen. Nicht wenige ziehen eine Migration auf Zeit vor, um in Schweden, Österreich und Deutschland als Putzfrauen oder Hilfsarbeiter illegal zu arbeiten und auf diese Weise ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Als Glück in dieser schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt sieht der Oppelner Professor die rund 80.000 Oberschlesier mit deutschem Paß, die in den Ländern der Europäischen Union beschäftigt seien. Drängten diese auch noch auf den Oppelner Arbeitsmarkt, würde dies für die wirtschaftliche Gesamtsituation katastrophale Ausmaße annehmen. Die Firmen im Bezirk Oppeln seien überwiegend hoch verschuldet und in einem schlech-

ten Zustand, heißt es. Zudem fehlen Binnen- und Auslandsinvestitionen. Das Oppelner Bezirksarbeitsamt erwartet für dieses Jahr eine weiter steigende Arbeitslosenzahl. Vor allem größere Firmen hätten aufgrund schlechter Auftragslage bereits weiteren Stellenabbau angekündigt. Die einzige Hoffnung, berichtet die „Nowa Trybuna Opolska“, werde im Beitritt zur Europäischen Union (EU) im kommenden Jahr gesehen. Neben Subventionen aus Brüssel zum Ausbau des sogenannten „Zweiten Arbeitsmarktes“ (staatlich subventionierte Arbeitsplätze) eröffne die EU-Mitgliedschaft neue Migrationsmöglichkeiten für polnische Arbeitslose in die Niederlande, nach Frankreich, Belgien und Norditalien, was sich auf den Oppelner Arbeitsmarkt entlastend auswirken könnte.

Nur unwesentlich „freundlicher“ sieht die Situation in der Woiwodschaft „Schlesien“ (Kattowitz) aus. Hier waren zum 31. Dezember rund 330.000 Personen arbeitslos gemeldet, was einer Quote von 16,7 Prozent entspricht. Vor einem Jahr lag sie noch bei 15,5 Prozent, 2000 betrug sie 12,9 Prozent im Jahr 1999 lag sie gar bei „nur“ 9,9 Prozent. Spitzenreiter bilden hier die Stadtkreise im Industriegebiet mit durchschnittlich 23 Prozent. Nur in der Woiwodschaftshauptstadt Kattowitz und in der Hochschulstadt Gleiwitz sind noch einstellige Zahlenangaben zu verzeichnen.

Allerdings dürfte sich der Arbeitsmarkt in der Kattowitzer Region in den kommenden beiden Jahren dramatisch verändern, wenn die polnische Regierung noch vor dem Beitritt zur Europäischen Union im Montansektor (Bergbau, Hütten- und Schwerindustrie) die von Brüssel geforderten Strukturierungsmaßnahmen durchführen und die staatlichen Subventionen drastisch zurückfahren muß. Allein dadurch sind in den nächsten Jahren bis zu 100.000 Arbeitsplätze betroffen.

Daß die Arbeitslosenzahl in der Montanregion noch unter der magischen 20-Prozent-Marke liegt, ist sicherlich auch dem Umstand zu verdanken, daß viele der bislang staatlich subventionierten Betriebe keine finanziellen Möglichkeiten haben, ihre Mitarbeiter nach ausgesprochener Kündigung auszuzahlen, um die Entlassung sozial abzufedern. Seit Anfang Februar eskaliert aus diesem Grund die Situation in Laurahütte. Rund 500 Beschäftigte der Huta Jednosc blockierten wichtige Strassenkreuzungen in der Industriestadt und besetzten am 5. Februar die Stadtverwaltung. Am 7. Februar kam es zu Straßenschlachten zwischen Arbeitern und der Polizei. In den Straßen von Laurahütte entzündeten die Demonstranten Autoreifen, sie errichteten Blockaden und warfen Polizeiautos um.

Seit einem halben Jahr ist die Hütte, die mit zwei Millionen Euro verschuldet und zahlungsunfähig ist, nicht mehr in der Lage, die Löhne auszuzahlen. Nur sporadisch erhielten die Arbeiter monatliche Beträge bis zu 50 Euro. Die Hüttenleitung besäße keinen finanziellen Spielraum mehr, heißt es in einer Erklärung, die Mitarbeiter zu kündigen und die gesetzlich vorgeschriebenen Auszahlungen in vollem Umfang zu leisten. Für die Hüttenarbeiter und ihre Familien kann kein Sozialprogramm entwickelt werden. Schlechte Aussichten in einer Stadt wie Laurahütte, wo 27,6 Prozent der Erwerbsfähigen als Arbeitslose registriert sind. *Sebastian Wiczorek UO*



Wieder Streit um Denkmäler

Nazi-Soldaten? Mit Nazi-Helmen und Nazi-Gewehren? Ein kriegsverherrlichendes Denkmal in Groß Döbern? Das Foto dieser Flachskulptur erregte in Polen Aufsehen und goß Öl in das Feuer der polnischen Nationalisten. Dabei kommen die Soldaten einfach nur daher, „wie gelöst von dieser Welt“. Lesen Sie weiter auf den Seiten 3 und 14 - und lesen Sie die Wahrheit über das Denkmal in Groß Döbern.

Kultur oder Wahlkampf?

Strategiediskussion bei den Deutschen in Oberschlesien

Vom 19. bis 21. Januar versammelten sich führende Minderheitsvertreter im Schloß zu Groß Stein, um über die Strategie der deutschen Minderheitenpolitik für die kommenden Jahre zu beraten.

Joachim Niemann, Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Polen (VdG), sagte nach Abschluß der Beratungen, daß sich die Anwesenden, unter ihnen die beiden deutschen Sejmabgeordneten, darauf verständigt hätten, mehr Geld für die „Entwicklung der deutschen Kultur, Sprache und Medien“ auszugeben. Bei der Wirtschaftsförderung solle dafür gespart werden. Wieviel freilich eingespart werden soll, ist natürlich eine heikle und recht auslegbare Frage und Größe. Herbert Pazdzior sprach gegenüber der „Nowa Trybuna Opolska“ sogar davon, daß eine Minderheitenschule aufgebaut werden könnte, sofern die finanziellen Mittel reichen sollten.

Auf der Veranstaltung wurde die Zusammenarbeit der verschiedenen deutschen Minderheitenvereine kritisiert. Der DFK habe bisher zu stark spontan und kurzfristig agiert. Die Defizitliste sei lang.

Niemand lenkte die Diskussion allerdings in eine interessante Richtung: Der DFK müsse künftig „permanenten Wahlkampf“ betreiben, wie andere politische Gruppierungen und Parteien auch. Dabei sollten kulturelle Belange, wie die Entwicklung der deutschen Sprache, „pragmatischer“ („Schlesisches Wochenblatt“) gehandhabt werden. Der VdG-Geschäftsführer sagte, daß der DFK bei den bisherigen Wahlen zu wenig auf die besonderen kulturellen Bedürfnisse der deutschen Wähler eingegangen sei. „Diesen Trumpf“ habe man bislang nicht zu nutzen gewußt. Auch den „offiziellen“ Medien der deutschen Minderheit wurde vorgeworfen, zu wenig „permanenten Wahlkampf“ zu führen. Zu fördern, so Niemann, sei „anspruchsvolle“ Kultur. Ein Enddokument mit einer Festlegung der künftigen Strategie der DFK-Verbände soll nach Beratungen am 7. und 8. März im Eichendorff-Zentrum in Lubowitz verabschiedet werden. Die jetzigen Gespräche sind dank der Bemühungen von Taddäus Schäpe und dem Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit zustande gekommen.

Joachim Stebel (UO)

(weitere Beiträge dazu auf S. 5 und S. 6)

Richtigstellung:

Tag der Oberschlesier 2004

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft der Oberschlesier hat in einer Erklärung nochmals bekräftigt, das der nächste „Tag der Oberschlesier“, das 28. Bundestreffen der Landsmannschaft der Oberschlesier zu Pfingsten 2004 (29.-30. Mai 2004) in 47495 Rheinberg / Messe Niederrhein, stattfinden wird. Dieses Datum war vom Bundesvorstand der Landsmannschaft der Oberschlesier klar festgelegt und in dieser Heimatzeitung bereits wiederholt publiziert worden. „Anderslautende Mitteilungen in dem Presseorgan der Landsmannschaft Schlesien 'Schlesische Nachrichten' vom 01.01.2003 und der Zeitung 'Der Schlesier' vom 17.01.03 und 24.01.03 beruhen nicht auf einer Fehlinformation des Bundesverbandes der Landsmannschaft der Oberschlesier, sondern einer fehlerhaften Bekanntgabe durch die Landsmannschaft Schlesien, Königswinter, heißt es in einer Richtigstellung des Bundesvorstandes der Lands-